

Außenwirtschaft aktuell



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

10 2023

Seminare	3
Veranstaltungen / Unternehmerreisen	3
23.10.2023 Webinar „Richtig entsenden. Ein Blick in die EU und ins Drittland“	3
27.10.2023 Webinar zur EU-Verpackungsverordnung	3
07.11.2023 Workshop zum Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	4
15./16.11.2023 Deutsch-Türkische Wirtschaftstage	4
25.11.2023 AHK-Jobbörse in Istanbul.....	4
07.12.2023 Informationstag Exportkontrolle des BAFA	4
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	5
Ägypten: Umfangreiche Steuerreform	5
Deutschland: Änderung der Kontaktdaten der Zollverwaltung	5
Deutschland: BAFA veröffentlicht Fragebogen zum Lieferkettengesetz als PDF	5
Deutschland: Länderspezifische Umsetzungshilfen zum LkSG	5
Deutschland: BMWK aktualisiert Informationen zu Russland-Sanktionen	5
Deutschland: Neue Gebührenordnung für BAFA-Anträge tritt in Kraft	5
Deutschland: Neues Meldeportal für die A1-Bescheinigung	6
Deutschland: Zollanmeldungen für Post- und Kuriersendungen	6
EU: Aktualisierung der Anhänge der Dual-Use-Verordnung	6
EU: Import von Eisen und Stahlwaren	6
EU: Informationen zum CO ₂ -Grenzausgleichsmechanismus.....	6
EU: Leitfaden zum Umgang mit Sanktionen für Unternehmen	7
Ukraine: Bundesregierung erweitert Investitionsgarantien	7
Ukraine: Gemeinsames Versandverfahren	7
Vereinigtes Königreich: Neue Einfuhrbestimmungen für Lebensmittel	7
Ländernotizen	7
Chile: Topadresse für Start-ups in Lateinamerika	7
China: Steuererleichterungen für Expats bis 2027 verlängert	8
Indien: Warnung vor unseriösen Anbietern im Bereich E-Visum	8
Kasachstan: Neuer Generalplan soll Almaty fit für die Zukunft machen	8
Polen: Fast 800 Millionen Euro für den Güterbahnhof Malaszewicze.....	8
Südafrika: Hoher Investitionsbedarf im Straßenbau	8
Türkei: Erdogan erklärt Abkehr von niedrigen Zinsen	8
USA: Deutsche Maschinenbauer auf Platz eins	9
Veröffentlichungen	9
Positionspapier der Europäischen Handelskammer in China	9
Welthandelsbericht 2023	9
Verschiedenes	9
EU bittet um Hinweise zu Handelshemmnissen in ausgewählten Ländern.....	9

Neue Website der Niedersächsische Auslandsvertretungen.....	9
Impressum	10

Seminare

30.10.2023	Das neue ATLAS Release 3.0 – Änderungen und Neuerungen für exportierende Unternehmen	Digital
09.11.2023	Das neue ATLAS Release 3.0 – Änderungen und Neuerungen für exportierende Unternehmen	Digital
02.11.2023	EU-Sanktionen: Russland-Embargo jetzt auch extraterritorial	Oldenburg
07.12.2023	Das neue ATLAS Release 3.0 – Änderungen und Neuerungen für exportierende Unternehmen	Digital
12.01.2024	Aktuelle Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 2023/24	Digital

Veranstaltungen / Unternehmerreisen

23.10.2023 Webinar „Richtig entsenden. Ein Blick in die EU und ins Drittland“

Germany Trade & Invest (GTAI) veranstaltet am 23. Oktober von 14 bis 15 Uhr ein kostenfreies Webinar zur Entsendung von Mitarbeitenden und den damit verbundenen rechtlichen Besonderheiten. Viele Unternehmen sind heutzutage international ausgerichtet. Es müssen ausländische Betriebsstätten besucht, Dienstleistungen erbracht oder andere Auslandstätigkeiten, wie zum Beispiel Messebesuche oder Konferenzteilnahmen, vorgenommen werden. Das bedeutet, dass Unternehmen ihre inländischen Mitarbeitenden zur Erfüllung dieser Aufgaben ins Ausland entsenden. Trotz Internationalisierung sind jedoch nicht bei allen Unternehmen die nötigen Informationen über Auslandsentsendungen vorhanden. Mit dem Webinar bietet GTAI Unterstützung an: Teilnehmende erhalten einen Überblick über den Begriff der Entsendung und die damit einhergehenden bürokratischen Hürden (insbesondere die nationalen Registrierungsportale). Die Themenfelder Arbeitsrecht, Aufenthaltsrecht, Sozialversicherungsrecht (A1-Bescheinigung und Sozialversicherungsabkommen) sowie Steuerrecht (Stichwort: Doppelbesteuerung) werden ebenfalls aufgegriffen. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie [hier](#).

27.10.2023 Webinar zur EU-Verpackungsverordnung

Kennzeichnungspflichten, Meldepflichten, Anwendungsbereiche und Sonderpflichten: Wie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die novellierte EU-Verpackungsrichtlinie umgesetzt haben, erfahren Sie anhand der Länder Slowakei, Ungarn, Schweden, Norwegen, Finnland, Spanien und Portugal. Auch wenn die Mitte 2018 in Kraft getretene EU-Richtlinie zu zahlreichen gesetzlichen Anpassungen geführt hat, sind die nationalen Regelungen zum Umgang mit Verpackungen nach wie vor sehr unterschiedlich. Unternehmen, die auf dem europäischen Binnenmarkt verpackte Waren in den Verkehr bringen, müssen die Anforderungen des jeweiligen Landes beachten – das gilt auch für europäische Drittstaaten. Um die EU-weit unterschiedlichen Regelungen zu harmonisieren, hat die Europäische Kommission am 30. November 2022 einen Vorschlag für eine neue Verpackungsverordnung veröffentlicht. Bis die neuen Regelungen beschlossen und in Kraft treten werden, kann

jedoch noch mehr als ein Jahr vergehen. Und auch innerhalb der Länder werden sich Sachverhalte immer wieder ändern.

Das kostenfreie Webinar der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) findet am 27. Oktober von 10 bis 12 Uhr statt. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie [hier](#).

07.11.2023 **Workshop zum Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz**

Seit Anfang 2023 ist das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) in Kraft. Der Workshop „Praxisnahe Ansätze und Instrumente zur Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes“ richtet sich branchenübergreifend an Unternehmen und soll praktische Hilfestellung geben, wie Sorgfaltsprozesse aufgebaut werden können, um Risiken entlang von Lieferketten effektiv zu managen. Ein weiterer Schwerpunkt wird sein, wie die Zusammenarbeit von direkt und indirekt vom LkSG betroffenen Unternehmen bspw. bei der Risikoanalyse, bei der Umsetzung von Präventionsmaßnahmen oder bei der Einrichtung von Beschwerdeverfahren umgesetzt werden kann. Der Workshop soll zudem Gelegenheit bieten, sich in einem vertraulichen Rahmen mit anderen Unternehmen auszutauschen und voneinander zu lernen.

Der Workshop findet am 7. November von 14 bis 17:30 in der IHK in Emden statt. Die Teilnahme ist kostenfrei. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie [hier](#).

15./16.11.2023 **Deutsch-Türkische Wirtschaftstage**

Die Deutsche Botschaft in Ankara veranstaltet seit vielen Jahren in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Türkischen Industrie- und Handelskammer (AHK Türkei), dem Nah- und Mittelost-Verein (NUMOV) und lokalen Institutionen an verschiedenen Orten in der Türkei „Deutsch-Türkische Wirtschaftstage“. Die nächsten Wirtschaftstage sind für den 15. und 16. November 2023 in der Stadt Gaziantep in der Südosttürkei geplant. Neben der Möglichkeit für B2B-Gespräche gibt es während der Deutsch-Türkischen Wirtschaftstage die Gelegenheit, ausgewählte Unternehmen vor Ort zu besuchen. Unternehmen aus Deutschland, die sich für eine Teilnahme an den Wirtschaftstagen in Gaziantep interessieren, sind eingeladen, sich bei AHK Türkei per E-Mail an Frau Zeynep Yildirim (zeynep.yildirim@diplo.de) zu melden. Weitere Informationen finden Sie zudem [hier](#).

25.11.2023 **AHK-Jobbörse in Istanbul**

Die Deutsch-Türkische Industrie- und Handelskammer (AHK) in der Türkei veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) am 25. November 2023 in Istanbul die 7. Jobbörse für Studierende, Absolventen und Arbeitssuchende aus der Türkei und Deutschland. Die Veranstaltung bringt Studierende, Absolventen und Jobsuchende aus der Türkei und Deutschland mit internationalen und nationalen Firmen zusammen. Besonders für Fachkräftesuchende bietet die Veranstaltung eine gute Gelegenheit, potenzielle Mitarbeitende kennenzulernen. Weitere Informationen hat die Deutsch-Türkische Industrie- und Handelskammer auf ihrer Internetseite veröffentlicht: <https://www.dtr-ihk.de/events/ahk-jobboerse>

07.12.2023 **Informationstag Exportkontrolle des BAFA**

Am 7. Dezember 2023 findet in Frankfurt am Main der Informationstag des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) statt. Das BAFA informiert in gewohnter Weise über die neusten Entwicklungen in der Exportkontrolle und im BAFA. Auch in diesem Jahr wird der Informationstag im hybriden Format durchgeführt. Dies bedeutet, dass eine begrenzte Teilnehmerzahl vor Ort sein kann und die übrigen Interessierten die Veranstaltung online verfolgen können. Weitere Informationen zu der Veranstaltung und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie [hier](#).

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Ägypten: Umfangreiche Steuerreform

Bonn (GTAI) - Die ägyptische Regierung hat im Juni 2023 ein Paket von Änderungen im Steuerrecht verabschiedet. Besonders betroffen sind internationale Unternehmen, die in Ägypten tätig sind. Die Änderungen zielen vor allem auf die Regelungen zu Betriebsstätten ab. Details dazu finden Sie [hier](#).

Deutschland: Änderung der Kontaktdaten der Zollverwaltung

Bonn (Generalzolldirektion) - Wirtschaftsbeteiligte können sich für allgemeine fachliche Fragen mit Zollbezug an die Zentrale Auskunft der Zollverwaltung wenden. Wie die Generalzolldirektion (GZD) mitteilt, haben sich Änderungen bei den Hotline- und Faxnummern der Zentralen Auskunft der Zollverwaltung sowie bei den E-Mail-Adressen des Service Desk Zoll ergeben. Die aktuellen Kontaktdaten der Zentralen Auskunft der Zollverwaltung finden Sie auf der [Webseite](#).

Deutschland: BAFA veröffentlicht Fragebogen zum Lieferkettengesetz als PDF

Berlin (DIHK) - Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat den Fragebogen zur Berichtspflicht innerhalb des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) nun [als PDF zum Download auf seiner Website](#) zur Verfügung gestellt. Das BAFA möchte damit Unternehmen bei den Vorbereitungen für die Erfüllung der Berichtspflicht unterstützen und daneben auch eine unkomplizierte Weitergabe des Fragenkatalogs ermöglichen. Bitte beachten Sie jedoch, dass das PDF lediglich zu Informationszwecken dient. Für LkSG-pflichtige Unternehmen ist der [Onlineberichtsfragebogen](#) für die Erfüllung der Berichtspflicht maßgeblich. Weitere Informationen zur Berichtspflicht sowie ein Kontaktformular für Rückfragen finden Sie auf der [Internetseite des BAFA](#).

Deutschland: Länderspezifische Umsetzungshilfen zum LkSG

Bonn (GTAI) - Germany Trade & Invest (GTAI), Auswärtiges Amt (AA) und die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) bieten Unternehmen ein gemeinsames Unterstützungsangebot für die Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) zu ausgewählten Ländern, darunter China, Indien, Türkei und Bangladesch. Die länderspezifischen Umsetzungshilfen unterstützen bei der Ermittlung und Vermeidung menschenrechtlicher Risiken in der Lieferkette. Daneben werden länderspezifische Informationen zu gesetzlichen Grundlagen, Präventions- und Abhilfemaßnahmen angeboten: <https://www.gtai.de/de/trade/specials/lksg>

Deutschland: BMWK aktualisiert Informationen zu Russland-Sanktionen

Berlin (BMWK) - Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima (BMWK) hat am 4. Oktober 2023 die FAQ zu den Russland-Sanktionen auf seiner [Internetseite](#) aktualisiert. In dem zuletzt verabschiedeten EU-Sanktionspaket wurde unter anderem eine an Jedermann gerichtete allgemeine Hinweispflicht verankert. Diese Pflicht ist auch in anderen EU-Sanktionsverordnungen bereits enthalten, fehlte aber bislang bei den Exportverboten der EU-Russlandsanktionen.

Deutschland: Neue Gebührenordnung für BAFA-Anträge tritt in Kraft

Berlin (BMWK) - Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima (BMWK) informiert, dass die [Besondere Gebührenverordnung](#) für die Kriegswaffenkontrolle, Ausfuhrkontrolle und Investitionsprüfung am 15. September 2023 verkündet wurde und somit jetzt in Kraft getreten ist. Ab 1. Januar 2024 werden somit für Genehmigungen im Rahmen der Ausfuhrkontrolle Gebühren erhoben. Wie das BMWK weiter berichtet, werden für den Bereich

der Exportkontrolle BMWK und BAFA die betroffenen Unternehmen zeitnah vor dem Beginn der Erhebung noch detaillierter über die Einzelheiten der Verordnung und das weitere Prozedere informieren.

Deutschland: Neues Meldeportal für die A1-Bescheinigung

Münster (IHK) - Wer berufsbedingt ins europäische Ausland reist, benötigt die A1-Bescheinigung als Nachweis über die sozialversicherungsrechtliche Zuständigkeit. Viele Lohnabrechnungsprogramme bieten Schnittstellen zur Beantragung der A1-Bescheinigung bei der Krankenkasse der Beschäftigten an. Unternehmen ohne eine solche Software sowie Selbstständige können die Software der Gesetzlichen Krankenversicherung (ITSG) nutzen. 2024 wird der Betrieb von sv-net dauerhaft eingestellt. Seit dem 4. Oktober 2023 steht allen Unternehmen für die Beantragung der A1-Bescheinigung das [neue SV-Meldeportal](#) zur Verfügung. Bis Ende 2023 sind sowohl das alte sv-net als auch die neue Plattform SV-Meldeportal parallel nutzbar.

Deutschland: Zollanmeldungen für Post- und Kuriersendungen

Bonn (Generalzolldirektion) - Wie die Zollverwaltung mitteilt, steht seit dem 19. September 2023 eine weitere Möglichkeit der Zollanmeldung - die Internetanmeldung für Post- und Kuriersendungen (IPK) - zur Verfügung. Mit dieser internetbasierten Fachanwendung können Post- und Kuriersendungen mit einem Sachwert bis 150 Euro sowie private Geschenksendungen aus Drittstaaten mit einem Sachwert bis 45 Euro angemeldet werden. Die IPK wird für private Sendungsempfänger sowie für Unternehmen zur Verfügung gestellt, welche nicht ATLAS-Teilnehmer sind. Die IPK wird online über das [Zoll-Portal](#) angeboten und ist dort nach erfolgter Registrierung bzw. Anmeldung für Privatpersonen und Unternehmen unter der Dienstleistung „Grenzüberschreitender Warenverkehr“ zugänglich.

EU: Aktualisierung der Anhänge der Dual-Use-Verordnung

Brüssel (EU) - Am 15. September 2023 hat die EU-Kommission die Dual-Use-Exportkontrollliste aktualisiert. Die Aktualisierung betrifft vor allem die Steuerungsparameter von Fertigungsanlagen, von Hochleistungsrechnern und von Lasern, die Aufnahme von Antriebsmotoren für Unterwasserfahrzeuge und von Technologie für die Entwicklung von Gasturbinentriebwerken für Flugzeuge sowie die Anpassung von technischen Definitionen, Hinweisen und Beschreibungen und redaktionelle Änderungen. Wenn der Rat und das Europaparlament innerhalb von zwei Monaten keine Einwände erheben wird die aktualisierte Liste in Kraft treten. Die vorläufigen Fassungen können im [Dokumentenregister](#) der Kommission eingesehen werden.

EU: Import von Eisen und Stahlwaren

Brüssel (EU) – Bislang war in der Russland-Embargoverordnung der Kauf und die Einfuhr bestimmter Eisen- und Stahlerzeugnisse mit Ursprung in Russland verboten. Seit 30. September 2023 ist zusätzlich der Kauf und die Einfuhr dieser Produkte mit einem beliebigen Ursprung verboten, sofern sie mit Vormaterialien russischen Ursprungs produziert wurden. Importeure müssen zum Zeitpunkt der Einfuhr entsprechende Nachweise vorhalten, mit denen sie den russischen Ursprung der Vorprodukte dokumentieren können. Die Zollverwaltung hat auf ihrer [Website](#) einen Hinweis auf mögliche Nachweise und weiterführende Informationen veröffentlicht.

EU: Informationen zum CO2-Grenzausgleichsmechanismus

Brüssel (EU) – Der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) wird große Teile der deutschen Wirtschaft betreffen. Alle in der EU ansässigen Unternehmen, die Eisen, Stahl, Zement, Aluminium (sowie viele wichtige Enderzeugnisse aus diesen Stoffen), Elektrizität, Düngemittel und Wasserstoff aus Nicht-EU-Staaten importieren, müssen alle Einfuhren seit dem 1. Oktober 2023 gesondert quartalsweise in einem Bericht melden. Damit beginnt

die Übergangsphase, bis ab 2026 weitere Verpflichtungen gelten. Die EU-Kommission stellt Informationen, Webinare, E-Learnings und aktuelle Entwicklungen auf ihrer [Website](#) zur Verfügung.

Ausführliche Informationen zu CBAM haben wir überdies auf der [Website der IHK Emden](#) zusammengestellt.

EU: Leitfaden zum Umgang mit Sanktionen für Unternehmen

Brüssel (EU) – Die Europäische Kommission hat in Bezug auf Russland einen [Leitfaden](#) für europäische Unternehmen veröffentlicht, wie sie bei ihren Geschäftspartnern Risiken der Umgehung von Sanktionen erkennen, bewerten und verstehen können – und wie sie diese Risiken vermeiden können. Dieser Leitfaden gibt einen allgemeinen Überblick: Was müssen die Wirtschaftsbeteiligten in der EU tun, um die im EU-Recht vorgeschriebene Sorgfaltspflicht zu erfüllen?

Ukraine: Bundesregierung erweitert Investitionsgarantien

Hamburg (PWC) - Mit der Erweiterung der Investitionsgarantien unterstreicht die Bundesregierung ihr großes Interesse, dass deutsche Unternehmen ihre Geschäftsbeziehungen zu ukrainischen Partnern aufrechterhalten und ausbauen. Bislang wurden Eigentumsschäden bis zum vollständigen Verlust der Investments gedeckt. Nunmehr wird der staatliche Schutz auch auf Konvertierungs- und Transferrisiken für Zins- und Tilgungszahlungen ausgeweitet. Im Fokus stehen damit auch langfristige Kredite, die deutsche Firmen (zusätzlich zu der üblichen Eigenkapitalbeteiligung) zur Finanzierung ukrainischer Tochtergesellschaften einsetzen. Bis zum Jahr 2025 werden außerdem die Antragsgebühren (mit Ausnahme des jährlichen Garantieentgelts in Höhe von 0,5 Prozent des abgesicherten Kredits) für Projekte in der Ukraine ausgesetzt. Dies gilt für bestehende und künftige Darlehen.

Ukraine: Gemeinsames Versandverfahren

Bonn (Generalzolldirektion) – Seit dem 1. Oktober 2022 ist die Ukraine dem Übereinkommen über ein gemeinsames Versandverfahren und dem Übereinkommen zur Vereinfachung der Förmlichkeiten im Warenverkehr beigetreten. Von der Europäischen Kommission wurde eine [Guidance for Economic Operators](#) veröffentlicht, die vom staatlichen Zolldienst der Ukraine für Wirtschaftsbeteiligte erstellt wurde, die das gemeinsame Versandverfahren in die Ukraine und aus der Ukraine nutzen möchten.

Vereinigtes Königreich: Neue Einfuhrbestimmungen für Lebensmittel

Bonn (GTAI) - Erzeugnisse tierischen oder pflanzlichen Ursprungs, sogenannte SPS-Waren, unterliegen bei der Einfuhr veterinären, sanitären und phytosanitären Kontrollen (SPS-Kontrollen). Für Einfuhren von SPS-Waren aus der Europäischen Union galten seit dem Austritt des Vereinigten Königreichs weniger strenge Vorschriften im Vergleich zu Einfuhren aus anderen Drittländern. Ab Januar 2024 führt die britische Regierung ein einheitliches System ein. Die Anforderungen unterscheiden sich je nach Risikokategorie. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Ländernotizen

Chile: Topadresse für Start-ups in Lateinamerika

Santiago de Chile (GTAI) - Chile bietet eine sehr lebendige Start-up-Szene mit zahlreichen Unterstützungsprogrammen, die auch Jungfirmen aus Deutschland offenstehen. Zwar spielt Chile im Vergleich zu den USA, dem Vereinigten Königreich oder Israel nicht in der ersten Liga der internationalen Start-up-Szene, doch innerhalb Lateinamerikas bietet das Land die zweitbesten Bedingungen für Jungunternehmen - nach dem weitaus größeren Brasilien. Weltweit rangiert der Andenstaat unter 100 bewerteten Ländern immerhin auf Platz 36.

China: Steuererleichterungen für Expats bis 2027 verlängert

Bonn (GTAI) - Wie das chinesische Finanzministerium und die staatliche Steuerverwaltung bekannt gaben, wird die Option bestimmter steuerfreier Zuwendungen für in China ansässige Expatriates erneut verlängert bis zum 31. Dezember 2027.

Indien: Warnung vor unseriösen Anbietern im Bereich E-Visum

New-Delhi (AHK) – Die Deutsch-Indische Handelskammer (AHK) warnt vor unseriösen Anbietern. Benutzen Sie für die Beantragung Ihres E-Visums für Indien die offizielle Seite der indischen Regierung:

<https://indianvisaonline.gov.in/evisa/tvoa.html>

Kasachstan: Neuer Generalplan soll Almaty fit für die Zukunft machen

Bonn (GTAI) - Der im Mai 2023 genehmigte Generalplan 2040 wird die Entwicklung der kasachischen Hauptstadt Almaty in den nächsten Jahren maßgeblich beeinflussen. Der Plan orientiert sich an internationalen Best Practices, um Almaty grüner und sauberer zu machen. Die Regierung will viel Geld in die Hand nehmen: Für die erste Bauphase bis 2030 sind 20 Milliarden US-Dollar an Investitionen veranschlagt. Ausschreibungen für Waren und Dienstleistungen im Rahmen des Generalplans 2040 sind auf öffentlichen Beschaffungsportalen zu finden.

Polen: Fast 800 Millionen Euro für den Güterbahnhof Malaszewicze

Warschau (GTAI) - Der Grenzbahnhof Malaszewicze ist ein Nadelöhr im Schienengüterverkehr zwischen Asien und Europa. Polen will die Kapazitäten erweitern. Eine Ausschreibung läuft bereits. Die notwendigen Grundlagen schafft ein neues Gesetz. Danach wird die Staatskasse zwischen 2023 und 2028 insgesamt rund 770 Millionen Euro für das Schienenprojekt bereitstellen. Die Idee, den Güterbahnhof Malaszewicze um zusätzliche Kapazitäten zu erweitern, ist nicht neu. Im Januar 2022 wurde ein Antrag auf Unterstützung bei der Europäischen Kommission eingereicht. Der russische Großangriff auf die Ukraine machte den Plänen aber einen Strich durch die Rechnung.

Südafrika: Hoher Investitionsbedarf im Straßenbau

Bonn (GTAI) - Das Straßennetz Südafrikas ist mit Abstand das größte auf dem afrikanischen Kontinent. Es steht aber vor immensen Herausforderungen: Investitionen in die Instandhaltung sind über Jahrzehnte sträflich vernachlässigt worden. Schlaglöcher, rissiger Asphalt, unterspülte Straßen, kaputte Ampeln und eine zerstörte Straßenbeleuchtung sind bei der südafrikanischen Bevölkerung ein tägliches Ärgernis - ähnlich wie die häufigen Stromausfälle. Das vermehrte Auftreten von Schlaglöchern ist zu einem Symbol für das Versagen der politischen Klasse geworden. Ein düsteres Bild vom Zustand der Straßen zeichnet auch der im November 2022 veröffentlichte Infrastrukturbericht der South African Institution of Civil Engineering (SAICE). Vor allem bei den in der Verantwortung von Städten und der Provinzregierungen liegenden Straßen sei in den letzten Jahren eine deutliche Verschlechterung zu verzeichnen. Eine regelmäßige Überwachung und Wartung fehle. Statt präventiver Maßnahmen überwiege eine oftmals verschleppte, behelfsmäßige Reparatur. Grund seien vor allem schwindende Kompetenzen in den Verwaltungen und fehlendes Geld. Die Verkehrssicherheit und der Güterverkehr seien erheblich beeinträchtigt.

Türkei: Erdogan erklärt Abkehr von niedrigen Zinsen

Istanbul (GTAI) - Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan stellte am 6. September 2023 das neue mittelfristige Programm (MTP) für die Jahre 2024 bis 2026 vor. Dieser im Dreijahresturnus veröffentlichte Wirtschaftsplan fokussiert diesmal auf Strategien, um die Inflation zu reduzieren und das Wachstum zu fördern. Erdogan erklärte,

dass mit Hilfe einer restriktiven Geldpolitik die Inflation bis 2026 auf einstellige Werte gesenkt werden soll. Das Inflationsziel des MTP zum Jahresende 2023 liegt bei 65 Prozent. Im August betrug die Preissteigerung 59 Prozent. Energiekosten werden die Inflation in den kalten Wintermonaten wieder antreiben.

USA: Deutsche Maschinenbauer auf Platz eins

Washington, D.C. (GTAI) - Während die Konkurrenten aus Japan und China schwächeln, fährt Deutschland auf der Überholspur. Der US-Maschinenmarkt soll sich bis 2032 verdoppeln. Landwirte investieren in neue Technik. Infrastrukturausbau treibt die Nachfrage nach Maschinen. Starke Impulse kommen auch von der Nahrungsmittelindustrie. Ausländische Anbieter machen sich Sorgen um den zunehmenden amerikanischen Protektionismus.

Veröffentlichungen

Positionspapier der Europäischen Handelskammer in China

Die positiven Erwartungen, die mit der Abkehr von der Null-Covid-Politik verbunden waren, haben sich für die meisten europäischen Unternehmen in China nicht erfüllt. Das [Positionspapier 2023/24](#) der Europäischen Handelskammer in China beschreibt die Herausforderungen, mit denen die Unternehmen zu kämpfen haben, und nennt 1.058 Empfehlungen an die chinesische Regierung, wie diesen Problemen begegnet werden kann.

Welthandelsbericht 2023

Am 12. September 2023 hat die Welthandelsorganisation (WTO) den Welthandelsbericht 2023 veröffentlicht. Dieser bestätigt eine zunehmende Fragmentierung des Welthandels angesichts geopolitischer Veränderungen. Zum Bericht gelangen Sie [hier](#).

Verschiedenes

EU bittet um Hinweise zu Handelshemmnissen in ausgewählten Ländern

Die EU-Kommission konsultiert bis noch zum 30. Oktober 2023 auf welche Hürden Unternehmen in folgenden Ländern stoßen und welche Hilfe sich Unternehmen dort erhoffen: Angola ([hier](#)), Ghana ([hier](#)), Laos ([hier](#)), Malawi ([hier](#)), Mozambique ([hier](#)), Nepal ([hier](#)), Pakistan ([hier](#)), Zimbabwe ([hier](#)) und die Pazifikregion ([hier](#)).

Neue Website der Niedersächsische Auslandsvertretungen

Die Auslandsvertretungen und niedersächsischen Repräsentantinnen und Repräsentanten unterstützen Unternehmen aus Niedersachsen weltweit beim Marktauf- und -ausbau. Weitere Informationen und eine Übersicht finden Interessierte unter:

<https://www.nds.de/niedersaechsischeunternehmen/auslandsvertretungen/>

Impressum

Herausgeberin:
Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg
Ringstraße 4
26721 Emden

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden:

www.ihk-emen.de/international

Bildnachweis: shutterstock.com



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

10 2023